

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 13. Dezember 1965

Blatt 3454

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Das Wiener Wohlfahrtswesen =====

13. Dezember (RK) Am heutigen vierten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe IV (Wohlfahrtswesen) behandelt. Es referierte Amtsführender Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ):

"Wenn uns durch die heutige Feierstunde die Zeit vor zwanzig Jahren wieder nahe gebracht wurde, so wird uns das seither Erreichte besonders deutlich, wenn wir die Aufgaben des Wiener Wohlfahrtswesens im Jahr 1945 mit denen von heute vergleichen:

In den ersten Nachkriegsjahren war die Sozialarbeit geprägt von der Sorge um das bloße Weiterleben. Alle Kräfte mußten zusammengefaßt werden, um die dringendsten Fürsorge-maßnahmen für die notleidende Bevölkerung sicherzustellen. Die öffentliche Fürsorge hatte in dieser Zeit ihre größte Leistungsprobe zu bestehen.

Neben fast 60.000 Personen, die einer dauernden Unterstützung bedurften, waren die Flüchtlinge, die Heimkehrer und jene Familien, deren Familienerhalter sich noch in Kriegs-gefangenschaft befanden, zu betreuen.

Der großzügigen Hilfe des Auslandes war es zu danken, daß der damalige Stadtrat Dr. Freund am 16. Dezember 1946 in seiner Budgetrede nicht nur berichten mußte, daß es in Wien 35.000 Fälle aktiver Tuberkulose-Erkrankter gibt, sondern auch berichten konnte, daß 227.300 Personen mit den nötigsten

./.

Lebensmitteln, Bekleidungsstücken und Schuhen versorgt wurden. Ich möchte auch heute nicht versäumen, den Regierungen, der Bevölkerung von Argentinien, Australien, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Honduras, Irland, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, UdSSR, USA und der Organisation der Vereinten Nationen den Dank Wiens auszusprechen.

Der Vorschlag meiner Verwaltungsgruppe möge zeigen, welche neue Aufgaben die neue Zeit gebracht hat: Meiner Verwaltungsgruppe stehen für 1966 609,130.000 Schilling, also um 60,933.700 Schilling - das sind 11,11 Prozent - mehr als im laufenden Jahr zur Verfügung. Die Lehrlingsheime und die Altersheime werden von der Verwaltungsgruppe V verwaltet und sind in diesen Beträgen nicht enthalten. Es ist leider eine Tatsache, daß ein allgemein verbesserter Lebensstandard weder die Notwendigkeit, noch die Aufgaben der Fürsorge vermindert, sondern sie nur verändert.

Kinderheime - eine wichtige Hilfe für unsere Wirtschaft

In unserer Jugendfürsorge steht die Unterbringung der Kinder, deren Mütter einem Beruf nachgehen, im Vordergrund. Den Prozeß eines sozialen Wandels in der Bevölkerung mögen einige Zahlen zeigen:

In Wien ist seit 1956 die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen von 706.405 Personen bis Ende 1964 um fast neun Prozent auf 768.627 im Monatsdurchschnitt gestiegen. Gleichzeitig hat die Zahl der Angestellten um 21 Prozent zugenommen, während die Zahl der Arbeiter um ein halbes Prozent sank.

Bei diesem Umschichtungsprozeß spielt nun die stärkere Eingliederung der Frau in das Berufsleben eine besondere Rolle. Von den 62.000 Arbeitnehmern, die in diesen 8 Jahren neu in den Arbeitsprozeß eingegliedert wurden, sind nämlich 39.000 Frauen. Also 62,9 Prozent oder fast zwei Drittel!

Den Müttern zu helfen, war stets unser Bemühen. War es bereits bis Ende 1945 möglich gewesen, 254 Gruppen unserer Kindertagesheime in Betrieb zu nehmen, so standen 1956 bereits 516 Gruppen zur Verfügung, und Ende 1965 - nachdem wir gerade in diesen Tagen vier neue Kindertagesheime von den Bauabteilungen übernehmen konnten - werden wird über 201 Kindertagesheime mit 714 Gruppen verfügen. Allein in diesem Jahr konnten wieder insgesamt 34 Gruppen in Betrieb genommen werden.

Wir werden selbstverständlich auch im kommenden Jahr den Ausbau des Kindertagesheimwesens fortsetzen. Können wir doch einer Veröffentlichung des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen entnehmen, daß auch in den kommenden Jahren mit einer weiteren Eingliederung der Frauen in den Wirtschaftsprozess gerechnet werden muß. Mehr Mütter als bisher werden also tagsüber ihrer Familie entzogen sein.

Hatten wir 1965 155,338.400 Schilling für die Kindertagesheime, das heißt für den Betrieb, für Personalkosten, für Neu- und Umbau, vorgesehen, so werden wir heuer 175,847.600 Schilling, also um fast 21 Millionen Schilling mehr dafür aufwenden. Mit dem Bau von drei neuen Kindertagesheimen, in 11, Kopalgasse, 10, Inzersdorfer Straße und 3, Marxergasse, werden wir beginnen. Im kommenden Jahr können wir aber auch rechnen mit der Fertigstellung der Kindertagesheime in 10, Herzgasse, 21, Aistgasse, 22, Rugierstraße, und 22, Langobardenstraße.

Eine Erhebung über die soziale Situation der Mütter unserer Tagesheimkinder hat folgendes Bild ergeben: Ein Drittel der Mütter unserer Kinder in den Säuglingskrippen sind Alleinverdiener. Bei den Kindern der Kleinkinderkrippe ist jede vierte Mutter Alleinerhalterin ihres Kindes. In den Krabbelstuben sind es 18 Prozent und in den Kindergartengruppen fast 15 Prozent. Die Mütter unserer 5.600 Hortkinder sind zu einem Fünftel die Erhalter ihrer Familie. In diesen Fällen zeigt sich neben dem wirtschaftlichen Aspekt die besondere sozialpädagogische Bedeutung unserer Einrichtungen.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir einige Worte zu der Personalsituation, die uns - denken wir an die Zukunft - große Sorge bereitet. Obwohl die bevorzugte Abfertigungsmöglichkeit weggefallen ist, verlieren wir auch weiter rund 100 bis 120 Kräfte jährlich, das sind rund 10 Prozent des Gesamtstandes. Davon wieder scheiden etwa 10 Prozent wegen Erreichung der Altersgrenze aus. Die anderen bleiben entweder nach der Eheschließung oder spätestens nach dem ersten Kind zu Hause.

Nun gilt es ja nicht nur, diese Kräfte zu ersetzen, sondern auch jene Posten neu zu besetzen, die infolge der Vermehrung unserer Kindertagesheime hinzukommen.

In diesem Jahr konnten wir 139 geprüfte Kindergärtnerinnen und 32 Kindergartenhelferinnen, die als Externistinnen die Prüfung innerhalb von 5 Jahren ablegen, aufnehmen. Derzeit arbeiten 83 Kindergartenhelferinnen bei uns, von denen 23 mit Ende des Schuljahres die Prüfung ablegen.

Trotzdem wird uns das kommende Jahr einen besonderen Engpaß bringen, weil wegen des 9. Schuljahres ein ganzer Jahrgang ausfällt. Die Absolventen einer einzigen Klasse unserer Kindergärtnerinnenbildungsanstalt, die wir mit Zustimmung des Stadtschulrates noch 3jährig führen dürfen, werden zur Verfügung stehen.

Seit Inkrafttreten der neuen Schulgesetze sind wir bemüht, Kindergartenhelferinnen einzustellen und haben dafür auch zusätzliche Ausbildungsstellen erhalten. Leider hatten bisher alle unsere Bemühungen, die im Einvernehmen mit der Verwaltungsgruppe I unternommen wurden, junge Frauen für diesen Beruf zu interessieren, nicht den Erfolg, den wir erhofften. Im Hinblick auf den notwendigen weiteren Ausbau unserer Kindertagesheime wollten wir in diesem Jahr in unserer Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen auch einen dritten Paralleljahrgang führen. Es meldeten sich aber gerade nur so viele, daß wir zwei Klassen füllen konnten.

Gelegentlich hört man, der Beruf der Kindergärtnerin sei zu wenig attraktiv für junge Leute. Eine Untersuchung über die "Berufsbeurteilung bei arbeitenden Jugendlichen", die im Institut für empirische Sozialforschung von dem Wiener Soziologen Ernst Gelmacher gemacht wurde, hat aber gerade zu diesem Problem ein interessantes Ergebnis gebracht: Es wurden 395 Mädchen zwischen 14 und 18 Jahren aufgefordert, 26 Berufe nach ihrer Attraktivität zu beurteilen; dabei hat es sich gezeigt, daß der Beruf der Kindergärtnerin nach denen der Stewardess und Säuglingspflegerin rangiert, also an dritter Stelle in der Reihenfolge der Beliebtheit steht. Trotzdem - das ist die Tatsache - fehlt es uns an einer ausreichenden Zahl geeigneter Bewerber.

Das Jugendamt konnte bis Ende Oktober dieses Jahres in 1.025 Fällen, in denen das Jugendamt eingeschaltet war, allein stehenden Müttern zu den ihnen zustehenden Unterhaltsbeiträgen von außerehelichen oder geschiedenen Vätern verhelfen.

Aus der Arbeit der Fürsorgerinnen

An Mündeln sind 2.018 neu in die Obhut des Jugendamtes gekommen - 868 wurden selbsterhaltungsfähig. In 382 Fällen wurde die Vormundschaft an die Mütter abgetreten, sodaß derzeit 22.521 Kinder, die unter gesetzlicher Amtsvormundschaft stehen, und 276 eheliche Mündel von unseren Fürsorgerinnen des Wiener Jugendamtes betreut werden. 18.899 davon leben bei der Mutter oder bei Verwandten, 1.417 bei fremden Pflegeeltern und 2.054 in Heimen. 286 davon sind entweder körperbehindert oder sinnesbehindert. Teils sind es leichte, teils aber auch schwere Behinderungen.

Außerdem werden derzeit von unseren Fürsorgerinnen rund 9.700 Fälle der freiwilligen Erziehungshilfe, rund 1.800 Fälle der gerichtlichen Erziehungshilfe und 750 Fälle der Fürsorgeerziehung betreut und führen die Erziehungsaufsicht über 57 Kinder und Jugendliche.

Gegenüber dem Vorjahr ist eine steigende Tendenz bei den Fällen der freiwilligen Erziehungshilfe, also der Hilfe des Jugendamtes im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten zu beobachten. Waren es 1964 rund 9.000 Fälle, so sind es in diesem Jahr bis jetzt 9.700 Fälle. Dagegen sind die Fälle der Fürsorgeerziehung von 810 im Vorjahr auf 750 in diesem Jahr, und die Fälle der Erziehungsaufsicht von 65 Fällen im Vorjahr auf 57 in diesem Jahr zurückgegangen.

Sorgen mit Kindern aus desolaten Familien

Als Überstellungsgrund in ein Heim scheint immer öfter die Gefahr der Verwahrlosung oder Schwererziehbarkeit auf. Da in unserer Zeit der sogenannten Wohlstandsgesellschaft auch das Wort Wohlstandsverwahrlosung immer öfter genannt wird, ließ ich von 1.225 Kindern und von 341 Jugendlichen, die in unseren eigenen Heimen leben, die Berufszugehörigkeit des Familienerhalters beziehungsweise des gesetzlichen Vertreters der Kinder feststellen, um auf der Basis des Ergebnisses besser die gesamte soziale Situation beurteilen und daraus eventuelle Schlußfolgerungen ziehen zu können.

Das Ergebnis zeigt, daß ein gewisser Notstand an Schulung und Bildung - der nicht immer mit der Berufssituation ident ist, aber doch noch am häufigsten beim ungelernten Arbeiter zu finden ist - eine Gefahrenquelle der Verwahrlosung für die Kinder ergibt. Allein diese Feststellung weist auf die Notwendigkeit hin, der Schul- und Erwachsenenbildung größte Aufmerksamkeit zu schenken und allen unseren Kindern eine bessere Bildung angeeignet zu lassen, damit sie einmal die Aufgaben bei der Erziehung ihrer Kinder besser erfüllen können. Soziologisch interessant ist, daß wir nach wie vor in den sozialen Schichten, in denen die größte Gefährdung für eine gesunde Entwicklung der Kinder gegeben ist, auch den größten Prozentsatz unehelich geborener Kinder finden.

Wir sind darangegangen, unsere Heime so umzugestalten, daß sie mit einer durchschnittlichen Familienerziehung weitgehend Schritt halten können.

Unsere Psychologin, die das Zentralkinderheim und die Kindergärten betreut, konnte feststellen, daß unsere Kinder dort in ihrer Entwicklung den Familienkindern kaum nachstehen. Kürzlich hat ein Österreicher, der in Deutschland in einem Industriebetrieb eine leitende Stellung hat, ein 15 Monate altes Mädchen aus dem Zentralkinderheim adoptiert. Es ist schon das zweite Kind, das diese Familie bei sich aufgenommen hat. Als dieses Mädchen vor der Adoption - wie jedes Kind - auf einer Klinik untersucht werden mußte, stellte der Klinikbericht fest, daß dieses 'Heimkind' in seiner geistigen Entwicklung staunenswert gediehen sei.

Im vergangenen Jahr haben insgesamt 1.098 Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren in städtischen Heimen gelebt.

Eine Voraussetzung für den Erfolg war und ist, daß es gelingt, bei den Kleinkindern die Zahl der Kontaktpersonen auf zwei herabzusetzen, sodaß diese zwei Tanten 'zu den geliebten Tanten ihrer Kinder werden', und immer, wenn einmal eine Trennung erfolgen muß, gibt es dann Tränen auf beiden Seiten. Wir haben auch die Lebensumgebung der Kinder farbenfroh, einer Wohnung ähnlich, gestaltet. Die Wohngruppen sind pädagogisch gesehen ideale, geschlossene, familienähnliche Einheiten.

Der Umbau des letzten Pavillons im Zentralkinderheim ist nun in Angriff genommen. Im kommenden Jahr werden dafür allein zwei Millionen Schilling aufgewendet werden. Auch bei dem Umbau unserer Kinderübernahmestelle haben wir uns von dem Gedanken leiten lassen, den Kindern hier das zu bieten, was sie in einer desolaten Familie entbehren müssen. In einer Bauzeit von vier Jahren konnte die Kinderübernahmestelle den Anforderungen unserer Zeit angepaßt werden und am 22. November konnten wir der neuen, altbewährten Kinderübernahmestelle den Namen ihres Schöpfers, Professor Julius Tandler, geben, dessen Grundsätze auch weiterhin für unsere Arbeit beispielgebend sein werden. Im Heim Hütteldorf, in dem wir 145 schwach befähigte Kinder betreuen, wird durch die Sanierung der Zentralheizung und durch den Zubau eines Pavillons die Heim-situation wesentlich erleichtert werden. Gerade diese Kinder benötigen mehr Bewegungsmöglichkeiten.

Auch der Umbau unseres Heimes Lindenhof wird fortgesetzt werden. Die Renovierung des Westgebäudes war so weitgehend, daß man praktisch von einem neuen Heim sprechen kann. Auch hier wurden kleine Wohnschlafeinheiten und Räume für sinnvolle Freizeitgestaltung geschaffen.

In unserem Gesellinnenheim haben bereits in diesem ersten Betriebsjahr 19 dieser jungen Mädchen durch die Hilfe des Heimes in die volle wirtschaftliche Selbständigkeit hineingefunden. Das Gesellenheim für junge Männer konnte fertiggestellt werden und wird zur Zeit besiedelt. Die Erfolge unserer Heime berechtigen es, daß, wir für sie im kommenden Jahr wieder 102,684.700 Schilling aufwenden.

Die Pflegekinder der Stadt Wien

Die Gesamtzahl der von der Stadt Wien betreuten Pflegekinder hat sich auch in diesem Jahr nicht entscheidend verändert. 1.687 Kinder und Jugendliche mußten neu in die Pflege der Stadt Wien übernommen werden und 1.670 Kinder konnten entweder wieder in die Familie zurückkehren oder sind selbsterhaltungsfähig geworden; derzeit betreuen wir also 5.264 Kinder. 1.333 Kinder davon lebten Ende September bei Pflegeeltern.

Erfreulicherweise ist es gelungen, die Zahl der Pflegegroßfamilien um acht auf 32 zu erhöhen. Von diesen 32 Pflegegroßfamilien, in denen 189 Kinder versorgt werden, sind 18 in Wien, 2 in der Steiermark und 12 im Burgenland. In Würdigung der Verdienste der Pflegeeltern einerseits und der Berücksichtigung der gestiegenen Lebenshaltungskosten andererseits wurde in diesem Jahr wieder das Pflegegeld erhöht. Außerdem sind wir dazu übergegangen, den Pflegeeltern statt der Kinderkleider einen Geldbetrag zu geben. Dies bedeutet nicht nur eine wesentliche Verwaltungsvereinfachung, sondern wird auch von den Pflegeeltern als sehr angenehm empfunden, da sie damit die Kinder individueller ausstatten können.

137 Pflegeeltern, die 10 Jahre lang ein Kind betreuten, konnten wieder zu einer kleinen Feier eingeladen und ihnen ein Diplom und eine Geschenkbox überreicht werden.

Weil wir noch mehr Pflegeeltern für unsere Kinder gewinnen sollen, werden wir in einem neuen Werbeprospekt an die Wiener und Wienerinnen mit der Bitte herantreten, ein Pflegekind bei sich aufzunehmen, oder ein Kind zu adoptieren. An Pflegegeldern werden wir rund 11,5 Millionen Schilling ausgeben.

Bis Ende September dieses Jahres wurden von der Vermittlungsstelle des Jugendamtes der Stadt Wien seit ihrer Gründung im Jahre 1951 1.857 Adoptionen abgeschlossen.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt auch unseren Mütterberatungsstellen und wir beobachten aufmerksam die Säuglingssterblichkeit, die heuer voraussichtlich 2,88 Prozent gegen 2,85 Prozent im Vorjahr betragen wird, damit eventuell durch Fürsorgemaßnahmen die Kunst der Ärzte unterstützt werden kann.

Für die Jugendfürsorge sollen 1966 insgesamt 390.615.400 Schilling aufgewendet werden, das sind um 34.420.100 Schilling mehr als heuer.

Wiens Wohlfahrtswesen in internationalen Vergleichen

Gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich hier am Abschluß des Kapitels Jugendbetreuung und Jugendfürsorge noch einige Worte sage über die Position Wiens, gesehen im internationalen Vergleich mit einigen westeuropäischen Städten: Zum Beispiel: Kopenhagen, das keine Kriegsschäden hatte, hat rund 713.000 Einwohner, das sind rund 44 Prozent der Bevölkerung Wiens. Und doch beträgt die Zahl der Plätze in Krippen, Krabbelstuben und Kindergärten nur knapp 2.400, das ist nicht einmal ein Sechstel dessen, was uns derzeit in Wien für diese Altersgruppe zur Verfügung steht. Aber auch mit Großstädten der Deutschen Bundesrepublik können wir uns messen: West-Berlin verfügt derzeit über 17.160 Plätze für Kinder bis zu 14 Jahren. Das sind um fast 3.000 weniger als in Wien, obzwar West-Berlin 2.180.000 Einwohner zählt.

Hamburg, da ist 100.000 Einwohner mehr als in Wien, und für die Altersgruppe bis zu 6 Jahren rund 60 Prozent unserer Plätze und für Hortkinder etwa 4.000 Plätze, das heißt um fast 2.000 weniger als Wien.

Das Internationale Arbeitsamt hat eine Statistik über die Kosten, die für die soziale Sicherheit aufgewendet werden, herausgegeben, und festgestellt, daß an erster Stelle die Deutsche Bundesrepublik, an zweiter Stelle Frankreich und an dritter Stelle bereits Österreich steht. Bedenken wir die katastrophale Situation am Ende des zweiten Weltkrieges und die Größe unseres Landes, so kann uns dieser Erfolg nur mit Stolz erfüllen.

Gelegentlich hört man zwar bei uns über die Sozialpolitik in Österreich das Schlagwort von der 'Sozialinflation', und in Form der 'Wildschweinstory' wurden die sozialen Leistungen geradezu als schädlich dargestellt. Ich glaube aber nicht, daß den verantwortlichen Politikern in den anderen Ländern vorgeworfen wird, sie würden eine Politik der 'Sozialinflation' forcieren. Dort hat sich überall schon lange die Einsicht durchgesetzt, daß die finanziellen Mittel für Sozialaufwendungen wirtschaftspolitisch gesehen nicht zum Fenster hinausgeworfen sind.

Erwachsenenfürsorge und Altenbetreuung

136,3 Millionen Schilling stehen uns für diese Arbeit im kommenden Jahr - gegenüber 119,5 Millionen S in diesem Jahr - zur Verfügung. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Dauerunterstützten bis Ende Oktober wieder um 290 auf insgesamt 7.612 unterstützte Personen, einschließlich der 301 Empfänger einer wirtschaftlichen TBC-Hilfe zurückgegangen. Waren im Budget 1965 68 Millionen Schilling für Dauerunterstützungen vorgesehen, so waren infolge der zweimaligen Erhöhungen noch weitere 6,6 Millionen Schilling notwendig. Für 1966 haben wir, trotzdem wir mit einem weiteren Sinken der Zahl der zu befürsorgenden Menschen rechnen können, einen Betrag von 74,8 Millionen Schilling, für Geldaushilfen 6,6 Millionen Schilling und für die Wohlfahrtskrankenpflege 8,7 Millionen Schilling vorgesehen. Wien steht damit hinsichtlich des Fürsorgeaufwandes, der pro Kopf der Bevölkerung geleistet wird, an erster Stelle in Österreich, und zwar mit großem Abstand.

Von den 874 Personen, an die bis Ende Oktober eine Dauerunterstützung neu verliehen wurde, waren 238 Männer und Frauen, die infolge einer Minderung der Erwerbsfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit für längere Zeit hilfsbedürftig wurden.

Das Referat Individualfürsorge, das seit 15 Jahren besteht, nimmt sich dieser Einzelfallbetreuung besonders an. 19 Fürsorgerinnen sind hier bemüht, in Form der Einzelfallarbeit die Wiedereingliederung jener zu ermöglichen, die durch Krankheit oder familiäre Zerrüttung vorübergehend die Fähigkeit, für ihre Familie oder sich selbst zu sorgen, verlieren. Für besonders schwierige Fälle stehen zwei Psychiater und ein Arzt zur Verfügung.

Besonders ausgebaut wurde auch der Verbindungsdienst zu fast allen städtischen Spitälern. Zur Arbeit der Fürsorgerinnen gehört es auch, mit den Angehörigen der Kranken Kontakt aufrecht zu erhalten, und den ~~Betreuten~~ bei der Entlassung zu helfen.

Seit 1962 gibt es auch den Verbindungsdienst zum Rehabilitationszentrum des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe. Auch hier kann in Einzelfällen entscheidend geholfen werden.

Es kommen auch ältere Personen in gesicherten Einkommensverhältnissen in die Sprechstunden der Fürsorgerinnen. Sie leiden an verschiedenen Altersbeschwerden und -problemen und brauchen im wesentlichen vor allem eine persönliche Aussprache. Mit dieser Einzelfallbetreuung verwirklichen wir nicht nur einen schon von Tandler geprägten Grundsatz, nämlich, 'Wir haben daran zu arbeiten, die Fürsorge überflüssig zu machen', sondern diese Arbeit ist auch wirtschaftlich wertvoll, da die Gemeinschaft mit der Erhaltung des Betroffenen nicht mehr belastet wird.

Die Fürsorgerinnen übernehmen auch besonders problematische Schicksale, die an mich herangetragen werden.

Durch die Heimhilfe kann in zahlreichen Fällen eine Unterbringung in geschlossener Fürsorge vermieden werden. Leider können wir unsere Heimhilfe nicht immer und in jenem Maße einsetzen, wie wir es gerne tun würden und es auch notwendig wäre. Aber auch hier bestimmt der Mangel an Personal unsere Grenzen.

Zwar konnten in diesem Jahr bis Ende Oktober 118.759 Stunden, also um 12.793 mehr geleistet werden als im Vorjahr; trotzdem sind wir nicht zufrieden und hoffen, daß unsere ständige Werbung eines Tages doch noch einen Erfolg bringt. In diesem Jahr konnten wir 71 neue Helferinnen gewinnen, aber leider verließ uns die gleiche Anzahl wieder - wie wir überhaupt immer wieder die Beobachtung machen müssen, daß viele Frauen, die sich melden, nur bereit sind, für eine bestimmte Zeit zur Verfügung zu stehen. Entweder um eine bestimmte Situation zu überbrücken oder um eine bestimmte Summe zu verdienen.

Für das kommende Jahr haben wir wieder 3,2 Millionen Schilling für die Heimhilfe vorgesehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich allen Wienern und Wienerinnen danken, die meinen Aufruf, auf den Nachbarn nicht zu vergessen, verständnisvoll aufgenommen haben, selbst zu helfen, wo sie helfen können, oder uns auf dringende Fälle aufmerksam zu machen.

Besonders danken möchte ich auch jenen vielen Fürsorgeräten, die sich bemühen, in ihrem Sprengel, in den einzelnen Häusern die Hilfe für einen alten Menschen zu organisieren und selbst stets bereit sind, helfend einzubreifen.

Arbeitstherapeutische Kurse und Behindertenbetreuung

Eine besondere Sparte in der Arbeit der Erwachsenenfürsorge bildet die Führung der Arbeitstherapeutischen Kurse. Auch hier ist das Ziel, körperbehinderte Mitbürger in das normale Leben einzugliedern, zumindest aber jedem Behinderten eine Stellung in der Gemeinschaft zu ermöglichen, die er auf Grund seiner zwar reduzierten, aber bildungsfähigen geistigen, körperlichen und seelischen Kräfte erreichen kann.

Von den 78 Männern und Frauen, die in den ersten zehn Monaten dieses Jahres arbeitstherapeutisch betreut wurden, konnten 29, das sind ungefähr 37 Prozent auf einen fixen Arbeitsplatz vermittelt werden. Für die Führung dieser Kurse

sind für das kommende Jahr wieder 470.000 Schilling vorgesehen. Mit Herbst 1966 werden wir auch in neue Räume übersiedeln können.

Auch die Besprechungen über unser Behindertengesetz stehen vor dem Abschluß. Mit der Einbringung des Gesetzes in den Landtag soll jenen Mitmenschen geholfen werden, die an einem körperlichen oder geistigen Gebrechen leiden und dadurch in ihrem Fortkommen gegenüber ihren gesunden Mitmenschen behindert sind.

Im Opferfürsorgereferat der Magistratsabteilung 12 sind 46 Bedienstete bemüht, die Anträge von Opfern des Nationalsozialismus zu bearbeiten.

In diesem Referat, das als mittelbare Bundesverwaltung tätig ist, wurden seit dem 1. April 1961 bis Ende Oktober dieses Jahres 67.011 Opferfürsorgeanträge eingebracht. Davon wurden 58.970 erledigt, offen sind rund 8.000. Um eine Möglichkeit zu finden, den Begutachtungsvorgang abzukürzen, habe ich heuer im Jänner eine Besprechung einberufen, an welcher Vertreter der Geschädigten, des Gesundheitsamtes, des Bundesministeriums für soziale Verwaltung und meiner Verwaltungsgruppe teilnahmen. Vor wenigen Wochen ist es gelungen, Ärzte der Pensionsversicherungsanstalt für die Begutachtertätigkeit zu gewinnen.

17 Prozent der Wiener sind über 65

Einen breiten Raum unserer Tätigkeit nimmt die Betreuung unserer alten Mitbürger ein. Das Volkszählungsergebnis hat - wie allgemein bekannt - ergeben, daß in Wien 276.956 Frauen und Männer leben, die über 65 Jahre alt sind; das heißt 17 Prozent aller Wiener gehören diesem Personenkreis an.

88.255 von ihnen, also fast ein Drittel, leben allein. Besonders hart betroffen vom Alleinsein sind die Frauen, denn von 88.255 alleinlebenden Menschen sind fast 76.000 Frauen. Verglichen mit den Ergebnissen der Volkszählung von 1951 ist die Zahl der über 65jährigen um 47.531 gestiegen.

Unsere Pensionistenklubs sollen für diese alleinlebenden alten Menschen die Brücke zur Gemeinschaft bilden. Wir konnten in diesem Herbst wieder 5 neue Pensionistenklubs eröffnen, und es stehen den Wienern derzeit 97 dieser Zentren der Geselligkeit und des Gesprächs zur Verfügung. 6,150.000 Schilling haben wir für die Führung dieser Pensionistenklubs im Budget vorgesehen, also um 950.000 Schilling mehr als im Vorjahr.

Rund 6.000 Frauen und Männer besuchen unsere Klubs, davon sind 88 Prozent ASVG-Pensionisten und 12 Prozent Befürsorgte. Vorträge, Filme, Veranstaltungen, Bücher bieten den Besuchern die Möglichkeit der Zerstreuung und tragen dazu bei, daß sie mit den Problemen des Alterns leichter fertig werden. Dazu zählen aber auch die Arbeit in Hobbygruppen und im Sommer die Ausflüge, für die wir 2,2 Millionen Schilling vorgesehen haben.

Eine Arbeitsgemeinschaft und 2 neue Pensionistenheime für unsere Alten

Den Kontakt, den wir mit den Volkshochschulen aufgenommen haben, in denen fast überall Zusammenkünfte von Pensionistengruppen stattfinden, wollen wir ausbauen, um so zu einer Arbeitsgemeinschaft im Interesse unserer alten Mitbürger zu kommen. Diese Arbeitsgemeinschaft soll sich in unorthodoxer Weise, möglichst unbelastet von Formalismen, mit der Betreuung unserer Mitbürger, die aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden, beschäftigen. Nach Möglichkeit sollen auch die Betroffenen selbst bei der Lösung dieser Aufgabe mitwirken, damit wirklich den Bedürfnissen dieser Menschen entsprochen werden kann.

Ein kleiner Wegweiser, den diese Arbeitsgemeinschaft erarbeiten soll, dem Menschen in dem Moment wo er aus dem Arbeitsprozeß ausscheidet, in die Hand gegeben, soll zeigen, welche zahlreiche Möglichkeiten und Schönheiten unsere Stadt für die Jahre der Ruhe bietet.

Für jene betagten Mitbürger aber, denen es schon schwer fällt, ihren Haushalt zu führen, werden wir den Bau von zwei weiteren Pensionistenheimen, und zwar eines in Döbling und eines in Ottakring im kommenden Frühjahr beginnen.

Alle meine Mitarbeiter sind erfüllt von Verantwortungsgefühl und Liebe zu ihrer Arbeit. Ich möchte ihnen daher anlässlich dieser Budgetdebatte danken:

Den Fürsorgerinnen, die für die Jugend tätig sind, ebenso wie denen, die unsere Erwachsenen und Alten betreuen. Den vielen Kindergärtnerinnen und Erziehern, die unsere Kinder betreuen. Den Beamten der Magistratsabteilungen 11, 12, 13 und 14 und den Fürsorgeräten, deren Arbeit ich schon an einer anderen Stelle gewürdigt habe.

Sie aber, meine Damen und Herren, hoffe ich, davon überzeugt zu haben, daß - wenn wir auch im kommenden Jahr wieder eine höhere Summe aufwenden - diese nicht nur gerechtfertigt, sondern geradezu eine Voraussetzung ist für ein gutes Zusammenleben in der Gemeinschaft einer Großstadt."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

Nur mehr geschulte Kräfte als Kranführer
=====Kranführer-Kurse im Berufs- und Wirtschaftsförderungsinstitut

13. Dezember (RK)

Der Gemeinderatsausschuß für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten hat sich in mehreren Sitzungen eingehend mit dem Problem zur Verhütung der Unfälle durch Baukräne befaßt.

Während Kräne auf Grund der Dienstnehmerschutzverordnung und der ÖNormen vor ihrer Inbetriebnahme, nach größeren Instandsetzungen, und außerdem jährlich einmal überprüft werden müssen, ist eine Befähigungsprüfung der Kranführer derzeit gesetzlich nicht vorgeschrieben. Es besteht jedoch die Möglichkeit, auf freiwilliger Basis Kranführerkurse zum Beispiel im Berufsförderungsinstitut 1., Wipplingerstraße 33, oder beim Wirtschaftsförderungsinstitut 18., Währinger Gürtel 97-99, zu besuchen und sich sodann einer Prüfung durch den "Technischen Überwachungsverein" zu unterziehen. Die Tatsache, daß nur etwa 3 Prozent der Unfälle, die durch Baukräne verursacht wurden, auf Materialfehler zurückzuführen sind, jedoch für 97 Prozent menschliches Versagen die Ursache war, gab Anlaß, die Stadtbauamtsdirektion mit dem Entwurf eines Kranführergesetzes zu beauftragen.

Der Entwurf zu diesem Gesetz liegt nun vor und wurde Anfang Jänner der Magistratsdirektion überreicht. Diese wird beim Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau die Erlassung eines diesbezüglichen Bundesgesetzes anregen, da die Regelung durch ein Landesgesetz infolge der Kompetenzbestimmungen in Angelegenheiten des Gewerbes nicht möglich erscheint. Bis zur gesetzlichen Regelung durch den Bund wird die Stadt Wien als Bauherr die Auftragserteilung für die von ihr durchzuführenden Bauten davon abhängig machen, daß zur Bedienung von Kränen nur Personal verwendet wird, das die entsprechende Schulung in Kranführerkursen nachweisen kann.

Darüber hinaus hat die Stadtbauamtsdirektion die Ingenieurkammer, die Wirtschaftskammer und die Bundesinnung der Bau-
gewerbe ersucht, in ihrem Wirkungskreis eine gleichartige
Regelung zu treffen.

Mit diesen Maßnahmen hat die Stadt Wien alles in ihrer Macht Stehende getan, um der Gefahr, die durch die Bedienung von Baukränen durch ungeschultes Personal entstehen kann, wirkungsvoll zu begegnen.

- - -

50. Geburtstag von Curd Jürgens
=====

13. Dezember (RK) Heute vollendet der Schauspieler Curd Jürgens das 50. Lebensjahr.

Er wurde in München geboren und begann am Metropoltheater in Berlin seine Bühnenlaufbahn. 1938 kam er zum **erstenmal nach** Wien, wo er am Deutschen Volkstheater auftrat. Von 1941 bis 1953 war er ans Burgtheater verpflichtet. In der Folge widmete er sich vorwiegend der Filmarbeit. Curd Jürgens bewährte sich in seiner Wiener Zeit als hervorragender Gestalter und ausgezeichnete Sprecher im klassischen und modernen Drama. Auch der Film bot ihm viele Möglichkeiten, als Menschenschöpfer künstlerische Wirkung zu erreichen. Höhepunkte waren seine Mitwirkung in den Verfilmungen von Carl Zuckmayers "Des Teufels General" und von Gerhart Hauptmanns "Die Ratten".

Bürgermeister Marek und Stadtrat Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschsreiben übermittelt.

- - -

Festsitzung des Wiener Landtages
=====Gedenken an die konstituierende Sitzung vor 20 Jahren

13. Dezember (RK) Vor genau 20 Jahren, am 13. Dezember 1945, trat der am 25. November 1945 gewählte Wiener Landtag um 17.07 Uhr unter dem Vorsitz von Leopold Kunschak zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Aus diesem Anlaß fand heute im Gemeinderatssitzungssaal des Rathauses eine Festsitzung des Wiener Landtages statt, an der Bundespräsident Franz Jonas, sämtliche Mitglieder des Landtages, die Wiener Bundesräte und zahlreiche Ehrengäste teilnahmen.

Nachdem Landeshauptmann Bruno Marek und Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer den Bundespräsidenten zu seinem Platz im festlich geschmückten Saal geleitet hatten, wurde die Feierstunde mit der Bundeshymne begonnen. Dann eröffnete der Landtagspräsident die Festsitzung und begrüßte die Ehrengäste und die Sitzungsteilnehmer.

In seiner Eröffnungsrede bezeichnete Landtagspräsident Dr. Stemmer neben dem der Zweite und der Dritte Landtagspräsident Mühlhauser und Helene Potetz, Landesamtsdirektor Dr. Ertl und die beiden Schriftführer, die Abgeordneten Herbert Mayr und Kowarsch Platz genommen hatten, die heutige Sitzung als die persönlichste unter den Festsitzungen des Jubiläumsjahres 1965, da die Mehrzahl der heute erschienenen Ehrengäste im Dezember 1945 oder kurz darnach ihre öffentliche Tätigkeit in Wien aufgenommen hatten. Im Saal und auf der dicht gefüllten Galerie nahmen zahlreiche Mitglieder des damaligen Landtages und der ersten Landesregierung, die damals gewählten Mitglieder des Bundesrates sowie die bald darnach bestellten Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteher-Stellvertreter an der Festsitzung teil.

Landtagspräsident Dr. Stemmer zählte sodann von diesen Persönlichkeiten alle jene namentlich auf, die heute noch dem Wiener Landtag angehören: die drei Präsidenten Dr. Stemmer, Mühlhauser und Helene Potetz, Landeshauptmann Marek, die Stadträte Slavik, Maria Jacobi, Dr. Prutscher und Sigmund sowie die Abgeordneten Nora Hiltl, Lauscher, Maller, Planek und Schwaiger.

Ferner sind heute noch die Bezirksvorsteher beziehungsweise Bezirksvorsteher-Stellvertreter Urba, Zehetbauer und Mistingger tätig. Der damalige Landtagsabgeordnete Weikhart ist heute Mitglied der Bundesregierung, die damalige Landtagsabgeordnete Rudolfine Muhr Mitglied des Bundesrates und der damalige Branddirektor Holaubek, Wiens Polizeipräsident. "Möge die heutige Festsitzung sie alle an unseren gemeinsamen, schweren Anfang von 20 Jahren erinnern", schloß Dr. Stemmer seine Begrüßungsrede.

Anschließend spielte die Kammermusikvereinigung des österreichischen Rundfunks unter der Leitung von Prof. Dr. Viktor Redtenbacher das Menuetto von Michael Haydn.

Sodann hielt Landeshauptmann Bruno Marek die Festrede. Er führte aus:

"Heute vor gerau 20 Jahren, am 13. Dezember 1945, trat in diesem historischen Sitzungssaal des Gemeinderates der erste nach langen Jahren der Gewaltherrschaft wieder freigewählte Wiener Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Heute vor zwanzig Jahren konnten wir zum ersten Mal wieder aufatmen in dem Bewußtsein, daß eine neue Ära anhebt, daß jene Tage endlich gekommen sind, nach denen sich viele Österreicher in Nacht und Finsternis hinter Kerkermauern und Stacheldraht, Jahre hindurch geseht hatten. Ein freies Wien begann wieder stolz und selbstbewußt sein Haupt zu erheben und sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen.

Nach 12 Jahren angemaßter Nacht und von obenher befohlener Maßnahmen verschaffte sich zum ersten Mal wieder die wahre Stimme der Wiener Bevölkerung durch den Mund ihrer freigewählten Mandatäre Gehör. Der historische Tag - es war ein Donnerstag - ließ sich trübe und kalt an. Die zertrümmerten Fenster in diesem Saal waren nur teilweise ersetzt, die verbliebenen Lücken mit Brettern vernagelt, zwischen denen der Wind eisig hereinpiff. Heizmaterial war nicht vorhanden, die Abgeordneten in dünnen, abgetragenen Mänteln froren, die Not und die Entbehrungen der unvorstellbar harten Nachkriegszeit standen ihnen noch im Gesicht geschrieben.

Trotzdem waren die Repräsentanten der Wiener Bevölkerung, die sich damals in diesem Raum versammelten, glücklich und zukunftsfröh, denn die fast unerträgliche Last des Krieges und der Diktatur war ein für allemal von ihren Schultern genommen worden.

Es herrschte zwar Not und Mangel an allem und jedem, ein Fünftel der Stadt lag in Trümmern, der harte Wille des Besatzungsregimes war allein maßgebend - aber all das beirrte die Wiener Abgeordneten nicht mehr, denn sie wußten genau, daß sie eines Tages völlig frei und unabhängig sein würden, frei und zufrieden in einer autonomen wiedererstandenen Heimatstadt. Von diesem Augenblick an waren wir selbst für unsere Zukunft verantwortlich und hatten das beglückende Gefühl, daß es in erster Linie an uns liegt, wie sich unsere weiteren Geschicke gestalten würden.

Den Vorsitz in dieser ersten Wiener Landtagssitzung führte als Alterspräsident Leopold Kunschak. Er war damals vierundsiebzig Jahre alt, ein durch leidvolle Erfahrung geprüfter und gereifter Mann. In der letzten Gemeinderatssitzung vor dem 12. Februar 1934 war Kunschak der einzige Sprecher seiner Partei gewesen, der vor dem sich anbahnenden verhängnisvollen Weg des Faschismus und des Terrors gegen die Arbeiterschaft gewarnt hatte. Er sah damals den einzigen Weg zur Rettung unserer Heimat in der Zusammenarbeit aller gegen den Nationalsozialismus, gegen den wahren Feind Österreichs. Wie recht hatte er doch!

Nach dem Gelöbnis der Landtagsabgeordneten wurde Professor Dr. Hans Neubauer zum Landtagspräsidenten, der Abgeordnete Thaller zum Zweiten und der Abgeordnete Bauer zum Dritten Präsidenten gewählt. Damit hatte die am 26. November 1945 frei gewählte Volksvertretung des Landes Wien ihre Funktion bestätigt und ihre Arbeit aufgenommen, nicht allein als freie, eingesetzte oder ernannte, sondern als durch Willen des Volkes bestellte Körperschaft.

Die ersten Worte des neuen Präsidenten galten dem Andenken jener Mitglieder des Wiener Landtages vor 1934, die den Schrecken der Gewaltherrschaft zum Opfer gefallen waren. Auch heute wollen wir uns ihrer erinnern und nochmals in Ehrfurcht ihre Namen nennen. Wir wollen niemals vergessen, daß sie nur deshalb ihr Leben einbüßen mußten, weil sie es der Befreiung aller arbeitenden Menschen geweiht hatten.

Gedenken an die Opfer der Gewaltherrschaft

In Auschwitz wurde der langjährige Präsident des Wiener Landtages und letzte Finanzreferent, der hochbefähigte Kommunalpolitiker Dr. Robert Danneberg, ermordet, nachdem er vier Jahre lang alle Qualen der Konzentrationslager hatte durchleiden müssen.

Ebenfalls im Konzentrationslager starben die Landtagsabgeordneten Eduard Reismann, Therese Ammon und Dr. Otto Kanitz, der das Land Wien auch im Bundesrat vertreten hatte. Die Abgeordneten Anton Krolig und Sigmund Rausnitz wurden durch den Nationalsozialismus in den Selbstmord getrieben.

Eine große Zahl von Mitgliedern des letzten frei gewählten Wiener Landtages war durch die Diktatur aus Österreich vertrieben worden. Diese aufrechten Demokraten sind in der Fremde gestorben, ohne ihre Heimat je wiedergesehen zu haben. Unser unvergessener Freund, Professor Julius Tandler, der Schöpfer des Wiener Fürsorgewesens, mußte bereits 1934 Wien verlassen und starb 1936 einen frühen Tod in Moskau, nachdem er noch die Wohlfahrtseinrichtungen unserer Stadt in China, Japan und in den USA populär gemacht hatte. Ebenfalls nicht mehr zurückgekehrt ist der geniale Finanzfachmann Hugo Breitner, der bald nach dem Zusammentritt des Landtages, im Mai 1946, in Amerika gestorben ist. Franz Novy, der dem Gemeinderat seit 1932 angehört hatte, hat die Rückkehr aus der Emigration noch erlebt und konnte von 1945 bis 1949 als Amtsführender Stadtrat für das Bauwesen den Wiederaufbau seiner Heimatstadt einleiten, bis ihn ein allzu früher Tod dahinraffte.

Viele ehemalige Mitglieder dieses Hohen Hauses haben uns in den letzten zwanzig Jahren verlassen. Die Bürgermeister Seitz und Körner, die Vizebürgermeister Emmerling, Kunschak, Honay, Speiser, Weinberger und Steinhardt, die Stadträte Weber, Exel, Resch, Rohrhofer, Freund, Fritsch, Afritsch, Riemer und Wollinger. Groß ist die Zahl der Mitglieder des Wiener Landtages, jener ersten konstituierenden Sitzung, die heute nicht mehr unter uns weilen. Ihnen allen sei gedankt für ihren Opfermut und für ihr Vertrauen in die Kraft der Wiener Bevölkerung, sich ihre Heimatstadt aus Trümmern neu zu schaffen.

Als wir damals aus dem kalten Sitzungssaal in den noch kälteren Dezembertag hinaustraten, begrüßten uns die Mittagsblätter mit den Berichten darüber, wie die neuen Schillingnoten von der Wiener Bevölkerung aufgenommen wurden. Der 13. Dezember 1945 war nämlich auch der erste Tag, an dem neben den alten Reichsmarkscheinen und den Besatzungs-Schillingnoten auch die neuen, auf österreichische Schilling lautenden Noten als gültige Zahlungsmittel in Kraft getreten waren. Auch das konnten wir als Symbol dafür ansehen, daß wir, abgesehen von der kommenden Bevormundung durch die vierfache Besatzung, für die wirtschaftliche Zukunft unserer Stadt und unseres Landes nun wieder selbst verantwortlich waren.

Nun sind zwanzig Jahre vergangen seit jenem denkwürdigen Tag. Zwanzig Jahre sind in der Geschichte einer Stadt kein allzu langer Zeitabschnitt, einer Stadt, die bald das tausendjährige Jubiläum ihrer verbürgten Erwähnung in den Annalen begehen können wird. Zwanzig Jahre währen aber lange, wenn man von einem Jahr Null aus rechnen muß, vom absoluten Chaos, das Krieg und Verwüstung hinterlassen haben; zwanzig Jahre sind auch ein verhältnismäßig langer Abschnitt in einem Menschenleben, das in so schicksalhafte Zeitläufte hineingestellt wurde.

Was die Wiener geleistet haben

Deswegen glaube ich, daß wir dazu berechtigt sind, Rückschau zu halten auf die Geschehnisse unserer Stadt in den vergangenen zwei Jahrzehnten, die für ihre Entwicklung so bestimmend waren.

Wenn man sich heute in Erinnerung ruft, unter welcher widrigen Lebensbedingungen die Wiener Bevölkerung in den ersten fünf Jahren nach Kriegsende den Wiederaufbau ins Werk setzte, muß man diesem Wien und seinem damaligen Bürgermeister, dem späteren Bundespräsidenten General Körner, uneingeschränkt Bewunderung zollen. Vor allem der erste und der zweite Nachkriegswinter brachte schwerste Belastungsproben. Die Energiezufuhr war ebenso unzureichend wie die Versorgung mit Lebensmitteln. Die Industrie mußte zuweilen den Betrieb einstellen, dem Normalverbraucher standen zum Beispiel im Juni 1946 nur 700 Kalorien täglich zur Verfügung. Trotz alledem haben die Wiener den Mut nicht sinken

lassen, sie haben gearbeitet und begonnen, ihre Stadt vom Bombenschutt freizumachen - als erstem Bezirk gelang das übrigens dem Bezirk Mariahilf, der schon Ende Juni 1946 wieder ein fast normales Bild bot. Der nächste Schritt war die Wiederherstellung der Verkehrsverbindungen im Stadtbereich, die im Herbst 1946 als einigermaßen gelungen bezeichnet werden konnte. Besonders wichtig war dabei der Wiederaufbau der Brücken, der zum Teil mit Hilfe der Besatzungsmacht erfolgte, weil die Brücken auch für den militärischen Nachschub gebraucht wurden.

Nun ging es an die Sicherung der Wohnstätten. Rund ein Fünftel der Wiener Wohnungen war ganz oder teilweise zerstört, die Materialbeschaffung war mit unvorstellbaren Schwierigkeiten verbunden - und doch ist es gegangen. Schon am 11. Juli 1947 konnte der erste, wenn auch sehr bescheidene Wohnungsneubau der Gemeinde Wien in der Friedrich Kramer-Gasse im 10. Bezirk mit 48 Wohnungen seiner Bestimmung übergeben werden, im August desselben Jahres wurde der Grundstein zur Per-Albin Hansson-Siedlung gelegt, der ersten großen städtischen Wohnbauanlage der Nachkriegszeit. Die Bautätigkeit nahm immer größeres Ausmaß an, und im Jahre 1949 gab es bereits ein fest umrissenes städtisches Wohnbauprogramm.

Langsam besserte sich auch die Ernährungslage. Nicht vergessen werden soll in diesem Zusammenhang die große Reihe der Lebensmittel-Hilfsaktionen des Auslandes, vor allem die Care-Aktion, die vielen Wienern in der ärgsten Not geholfen hat. Die Kinder und die alten Leute litten damals wohl am meisten unter Hunger und Kälte. Deshalb wollen wir uns immer dankbar daran erinnern, wie sich die Kinder-Hilfsaktionen, später war es dann die UNICEF, unserer jüngsten Mitbürger angenommen haben. Die Schweizer, die Schweden, die Dänen, die Holländer, die Belgier, aber auch die Franzosen und Engländer übernahmen Pflegekinder und zahlreiche Leute aus Übersee sandten Spenden.

Für unsere Kinder setzten wir nach und nach wieder die Kindergärten instand und versuchten, das Schulwesen wieder in geordnete Bahnen zu bringen, was wegen der vielen Zerstörungen äußerst schwierig war.

Bis 1950 konnten 100 Schulen neu hergerichtet werden, anschließend begann der Neubau moderner Schulen mit der Schäfferschule auf der Wieden, der inzwischen viele weitere gefolgt sind.

Das wirtschaftliche Leben unserer Stadt war nur unter großen Schwierigkeiten wieder in Gang zu bringen. Der Energiemangel und das Fehlen von Transportmitteln waren die schwersten Hindernisse, und es erforderte allergrößten Optimismus und viel Geschick, trotzdem Erfolge und noch dazu in so überreichem Maße, zu erzielen, wie uns dies tatsächlich vergönnt war.

Der schönste Tag seit 17 Jahren

Endlich kam der Tag, der uns mit dem Staatsvertrag auch unsere volle Freiheit und Souveränität brachte. Bürgermeister Franz Jonas erhielt am 27. Juli 1955 den Brief des letzten Wiener Stadtkommandanten - es war der französische Oberst Ollé Lapruné - in dem mitgeteilt wurde,.... 'daß die Kommandanten der interalliierten Kommandantur die Ausübung aller auf die Verwaltung der Stadt Wien bezüglichen Funktionen einstellen.'

Nach dem Abgang des letzten russischen Truppentransportes hatte ich am 22. Oktober 1955 als Präsident des Wiener Landtages die große Freude, die Worte zu sprechen: 'Keinen schöneren Tag als den heutigen kannte seit vielen Jahrzehnten unser Österreich, unsere Bundeshauptstadt. Denn nach Abzug aller Besatzungstruppen gibt der Ablauf dieses Tages unserem Lande die ihm seit sieben Jahren durch Gewalt vorenthaltene volle Souveränität wieder. Es ist jener Tag, an dem sich unser Blick von der durchgemessenen Leidenszeit einer Zukunft in Freiheit und Selbstbestimmung zuwenden darf...'

Nun konnten auch die Wiener mit neuem Mut an die Arbeit gehen. Wien sollte wieder Weltstadt werden! Wir wollten das einzigartige Gesicht unserer Stadt bewahren und mußten alles daransetzen, um eine Synthese von Alt und Neu zu finden.

Was wäre auch damit gewonnen, wenn wir den Wienern eine supermoderne Stadt der Zukunft hinstellen wollten, die mit dem reichen und vielfältigen Begriff 'Wien', mit dem Geist und der Atmosphäre der Stadt, wie wir sie kennen und lieben, nur mehr den Namen gemein hätte? Wien besteht nicht bloß aus den Elementen der Landschaft, der Architektur, seiner Wirtschaft und seines Geisteslebens, Wien ist auch Ausdruck eines bestimmten, schwer definierbaren Lebensgefühls, einer spezifischen Einstellung zum Dasein. Und gerade dieses Lebensgefühl, das man kaum näher erklären kann, befähigt diese Stadt, eine verbindende Rolle zwischen den Nationen zu spielen. Wir Wiener wollen mit ganzer Kraft bestrebt sein, dieser großen, völkerverbindenden Aufgabe gerecht zu werden. Deshalb haben wir - seitdem Staatsvertrag und Neutralität uns nicht nur unsere Freiheit brachten, sondern auch die Straßen zu uns erschlossen haben - unsere Tore weit geöffnet für die gegenseitige Verständigung der Völker aus aller Welt. Die Kongreßstadt Wien, in der vor 1955 nur etwa acht internationale Kongresse stattfanden, ist heute Schauplatz von mehr als 200 Tagungen im Jahr. Hier treffen einander Politiker, Wissenschaftler und Fachleute aus Ost und West, hier hat die internationale Atomenergiebehörde ihren Sitz genommen und hierher kommt langsam eine internationale Institution nach der anderen. Wir heißen sie alle willkommen und wir freuen uns auch über die in letzter Zeit erkennbar gewordene Änderung in der Haltung der Oststaaten. Wir dürfen nun hoffen, daß auch von dieser Seite her der Weg zu uns gefunden werden wird und daß Wien bald nicht mehr eine 'Vorstadt Europas' sein wird, wie ein Buchtitel lautet, sondern ein Treffpunkt und Kreuzungspunkt von größter internationaler Bedeutung. Die von der Stadt Wien alljährlich veranstalteten Europa-Gespräche könnten ein wichtiger Schritt in dieser Richtung sein. Sie sind ein Beweis mehr dafür, daß sich Wien seiner Mission und seiner Verantwortung voll bewußt ist. Wien hat trotz allen materiellen Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, die kulturelle Aufbauarbeit nicht außer Acht gelassen und vermag auch auf diesem Gebiete auf stolze Leistungen zu verweisen, die hier im einzelnen aufzuzählen mir leider die Zeit fehlt.

Aus der Geschichte lernen!

Ich habe versucht, Ihnen eine kurze Rückschau auf die Geschichte Wiens in den vergangenen zwanzig Jahren zu geben. Ich wollte damit nicht nur dem sicherlich hundertmal verdienten Lob unserer Heimatstadt und ihrer Bevölkerung das Wort reden. Ich hatte vielmehr auch - wenn Sie mir dieses Geständnis nicht übelnehmen - eine heimliche pädagogische Absicht. Ich wollte Sie auf all das hinweisen, was wir in den vergangenen Jahren unter ungleich schwierigeren Verhältnissen als den heutigen, zu leisten imstande waren, was wir trotz allen Hürden und Fährnissen glanzvoll vollbracht haben. Möge uns der Gedanke daran anspornen, auch heute und in alle Zukunft die Liebe zu unserer Heimatstadt niemals abkühlen zu lassen und niemals in unserem Streben zu erlahmen.

Denn seien wir stets dessen eingedenk: Wenn heute bei der großen Mehrheit der Bevölkerung Wohlstand herrscht, und die Aufgaben, die noch vor uns stehen, nicht mehr unübersehbar, sondern mit den vorhandenen Mitteln lösbar erscheinen, - ist dies nur das Ergebnis härtester und unermüdlicher Arbeit. Fühlen wir uns daher niemals allzu satturiert und zufrieden! Wollten wir sorglos in den Tag hinein leben und das Erworbene nicht energisch genug zusammenhalten und mehren, könnten wir unvermutet über Nacht wieder ins Elend stürzen.

Vergessen wir aber auch nicht: wenn wir heute frei sind, freie Menschen in einer freien Stadt, der Hauptstadt eines freien Landes, so ist uns diese Freiheit ebensowenig wie der soziale Fortschritt mühelos in den Schoß gefallen. Die Freiheit ist vielmehr ein in bitteren Jahren erkämpftes Vorrecht, dessen wir uns täglich von neuem würdig erweisen müssen. Wollten wir sie als ein Geschenk des Zufalls betrachten und uns darauf verlassen, daß sie uns ohne unser Zutun erhalten bleibt, würden wir eines Tages aufwachen und uns vergeblich nach ihr zurücksehnen.

Und noch eines dritten sollten wir eingedenk sein: die Einigkeit der Österreicher in der Verfolgung der wichtigsten inneren und äußeren Ziele unseres Landes ist ein durch bittere Erfahrung, durch Leid und zahllose Prüfungen erreichtes politisches Reifestadium. Wollten wir ihrer in vielleicht momentaner Verstimmung überdrüssig werden, könnte die aufbrechende Zwietracht an den Bestand unseres Landes und damit auch unserer Stadt rühren.

Seien wir daher aufrechte und ehrliche Demokraten, die zu ihrer eigenen Überzeugung ebenso stehen wie sie die Meinung anderer achten; denn nur dann werden wir die Tradition zu hüten vermögen, die uns in den vergangenen zwanzig Jahren zur verpflichtenden Aufgabe geworden ist, nur dann werden wir die gesicherte und friedliche Zukunft erleben, die Österreich und nicht zuletzt die Stadt Wien in so überreichlichem Maße verdient haben."

Mit dem Divertimento in G-Dur von Michael Haydn fand die Festsitzung des Wiener Landtages ihren Abschluß.

- - -

Das Wetter und die Preise

=====

"Neue Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien"

13. Dezember (RK) In der neuen Folge der vom Statistischen Amt der Stadt Wien herausgegebenen "Mitteilungen" für die Monate Juli bis September (Jahrgang 1965, Nr. 3) ist eine interessante Untersuchung über die Zusammenhänge zwischen dem Wetter des heurigen Sommers und der Preisentwicklung veröffentlicht:

Im Vergleich mit den Sommermonaten der Jahre 1960 bis 1964 gab es heuer 49 Millimeter mehr Regen, 103 Stunden weniger Sonnenschein und 1,2 Grad niedrigere Durchschnittstemperaturen. Der Besuch der städtischen Sommerbäder, der im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre 1,43 Millionen Badegäste betrug, sank heuer um 29 Prozent auf knapp über eine Million Besucher.

Diese Witterungsverhältnisse beeinträchtigten auch die Versorgung der Stadt Wien mit Frühgemüse empfindlich: in den Monaten April bis Juni wurden um 20 Prozent weniger Gemüse auf die Wiener Märkte geliefert als sonst. Von Juli bis September gingen die inländischen Anlieferungen um 30 Prozent zurück, während die Einfuhr von Importwaren nur um sechs Prozent zunahm. Bei Obst blieben die Inlandslieferungen um 80 Prozent und bei Kartoffeln um 40 Prozent hinter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre zurück. Die fehlenden Mengen konnten jedoch durch Importe ausgeglichen werden.

Die für die amtliche Preisstatistik ermittelten Durchschnittspreise waren im Juni zwischen 7 und 173 Prozent höher als im Juni 1964. Die Preise für Kartoffeln lagen beträchtlich über den entsprechenden Vorjahrespreisen und zwar im Juni um 37, im Juli um 65, im August um 77 und im September um 75 Prozent. Im Verbraucherpreisindex stieg die Rubrik "Ernährung" innerhalb eines Monats um elf Prozent an.

Andere Abschnitte der "Mitteilungen" beschäftigen sich mit den Bevölkerungsvorgängen, dem Fremdenverkehr, dem Gesundheits- und Fürsorgewesen und den wirtschaftlichen Verhältnissen in Wien während der Monate Juli bis September.

Die "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien" sind zum Preis von 6,- Schilling im Verlag Carl Ueberreuter, 9, Alser Straße 24, erhältlich.

Hohe Ehrung der Gartenbaugesellschaft für Stadtrat Heller
=====

13. Dezember (RK) Gestern Sonntag fand im Festsaal der Österreichischen Gartenbaugesellschaft eine Feier statt, bei der vier verdiente Funktionäre dieser Gesellschaft zu "korrespondierenden Mitgliedern der Österreichischen Gartenbaugesellschaft" ernannt wurden. Diese hohe Auszeichnung wurde auch Wiens Baustadtrat Kurt Heller zuteil. Der Präsident der Gesellschaft, der Niederösterreichische Landeshauptmann Dipl.-Ing. Dr. Hartmann würdigte die Verdienste von Stadtrat Heller, die dieser sich als Vizepräsident der Gesellschaft erworben hat. Er unterstrich dabei die zielbewußte und international allseits anerkannte Grünflächenpolitik der Wiener Stadtverwaltung.

Neben Stadtrat Heller wurde die gleiche Auszeichnung an den Präsidenten der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer, Nationalrat Scheibenreif, den Präsidenten der Wiener Landwirtschaftskammer, Dr. Hengl, und den Präsidenten des Absolventenverbandes höherer Gartenbauschulen, Regierungsrat Cede, zuteil. Präsident Scheibenreif verwies in seiner Dankadresse auf die ernome Bedeutung und den großen Erfolg, den die WIG 64 für den gesamten österreichischen Gartenbau hatte.

Zu den Ehrenmitgliedern der Österreichischen Gartenbaugesellschaft zählen seit vielen Jahren der deutsche Altbundeskanzler Dr. Adenauer und Graf Bernadotte.

158 Ehejubilare feiern im Rathaus
=====

13. Dezember (RK) Heute, morgen und übermorgen wird Bürgermeister Bruno Marek jeweils um 15 Uhr im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses 158 Wiener Ehepaare beglückwünschen, die in diesen Wochen ein besonders bemerkenswertes Ehejubiläum begehen. Von den 158 Paaren feiern 144 die Goldene, elf die Diamantene und drei sogar die Eiserne Hochzeit.

- - -

Pflegepuppen für Wiener Kinder
=====

13. Dezember (RK) Am Mittwoch, dem 15. Dezember, um 15 Uhr, wird Stadtrat Maria Jacobi im Wappensaal des Wiener Rathauses Pflegekindern der Stadt Wien Pflegepuppen überreichen, die von den Kindern "adoptiert" werden dürfen, wenn sie sie ein Jahr lang gut hegen und pflegen.

Am Freitag, dem 17. Dezember, um 15 Uhr, werden im Stadtpark-Kindergarten Mädchen aus verschiedenen Horten der Stadt Wien gleichfalls von Stadtrat Maria Jacobi Puppenkinder überreicht bekommen.

Eisrevue-Sondervorstellung für Wiens Dauerbefürsorgte

Am Mittwoch, dem 22. Dezember, um 14.30 Uhr, findet in der Wiener Stadthalle eine Sondervorstellung der Wiener Eisrevue für die Dauerbefürsorgten Wiens statt.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu diesen drei Veranstaltungen Fotoreporter und Berichterstatter zu entsenden.

- - -

Schwedische Lichterkönigin zu Besuch im Wiener Rathaus
=====

13. Dezember (RK) Alle Jahre zur Adventzeit werden nach einem alten Brauch an den schwedischen Universitäten Lichterköniginnen gewählt. Eine dieser "Lucias", wie sie genannt werden, kam jetzt auch nach Wien und besuchte heute vormittag das Wiener Rathaus: Brigitta Enval, die Lichterkönigin der Universität Umea, der nördlichsten Universität der Welt. In ein weißes Gewand gekleidet und mit einer Lichterkrone auf dem Kopf zog sie in Begleitung zweier gleichfalls weiß gekleideter Kolleginnen in den Roten Salon des Rathauses ein, wo sie von Bürgermeister Bruno Marek herzlich begrüßt wurde. Sie überbrachte ihm die Grüße des Bürgermeisters von Umea und als Gastgeschenk eine schwedische Glasvase. Der Bürgermeister dankte im Namen der Wiener Bevölkerung für den "königlichen" Besuch und revanchierte sich mit Wien-Büchern und einer Schale aus Augartenporzellan.

Anschließend fand noch eine feierliche Zeremonie statt: Der Direktor der schwedischen Fremdenverkehrsstelle, Paulsson, ernannte unter großem Beifall aller Anwesenden Bürgermeister Marek zum "Ehren-Lappen" und setzte ihm als Zeichen dieser Würde eine bunte Lappenmütze auf. Der Bürgermeister dankte herzlich für diese Ehrung und versprach, die Mütze nicht zu vergessen, wenn er jemals nach Lappland kommen sollte.

- - - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

13. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 bis 5 S je Kilo, inländischer Kohl 3 bis 6.50 S je Kilo, inländisches Weißkraut 2.50 bis 5 S je Kilo.

Obst: Inländische Äpfel Wirtschaftsware 3 bis 7 S je Kilo, inländische Äpfel Tafelware 6 bis 12 S je Kilo, Orangen sind bereits ab 4 S je Kilo erhältlich und kosten bis 10 S je Kilo.

- - -

Polizeischutz für die Fledermaus
=====

13. Dezember (RK) Die Gesellschaft der Musikfreunde veranstaltet eine Ausstellung über die "Dynastie Strauß". Stadtrat Mandl hat der Stadtbibliothek die Genehmigung gegeben, Teile der Originalpartitur des "Zigeunerbaron" und das gesamte Originalmanuskript der "Fledermaus" für die Exposition zur Verfügung zu stellen. Die wertvollen Exponate werden in diesen Tagen unter Polizeischutz in das Archiv der Gesellschaft der Musikfreunde überstellt.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Debatte über das Wohlfahrtswesen
=====

13. Dezember (RK) In der Spezialdebatte ergriff zunächst GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) das Wort. Sie verwies darauf, daß in Österreich 700.000 Kinder eine berufstätige Mutter haben, daß Österreich in Westeuropa an zweiter Stelle in der Zahl der Ehescheidungen und an erster Stelle hinsichtlich der Zahl der unehelichen Kinder steht. Damit sei der ganze Problemkreis der Jugendfürsorge umrissen. Die Arbeitsleistung der Träger dieser Fürsorge werde vor allem durch zwei Umstände ungünstig beeinflusst, nämlich durch den Mangel an geschulten Fürsorgerinnen und den latenten Konflikt zwischen den hiefür zuständigen Verwaltungsbeamten und den geschulten Sozialarbeitern. Es wäre wünschenswert, daß diesen Verwaltungsbeamten entsprechende Grundkenntnisse auf den Gebieten der Medizin, der Psychologie und der Pädagogik vermittelt würden.

Sosehr die Bestrebungen um einen Ausbau der städtischen Heime und vor allem auch der nunmehr in Angriff genommene Umbau des Zentralkinderheimes begrüßt werden können, darf nicht übersehen werden, daß bei der derzeitigen Teilung in Altersgruppen und der Aufgliederung in Säuglingsheime, Kleinkinderheime, Schulkinderheime - womöglich noch nach den verschiedenen Schultypen -, Lehrlingsheime und neuerdings auch Gesellenheime die Pflegekinder der Stadt Wien kaum jemals Wurzeln schlagen und sich heimisch fühlen werden. Hier wäre eine Umorganisation am Platze, die diesen Kindern durch eine gemeinsame Unterbringung der verschiedenen Altersgruppen und auch der Geschlechter familienmäßige Kontakte vermittelt.

Unter Hinweis auf eine Reihe von Beispielen aus dem Ausland, wo auch in sozialistisch geführten Gemeinden die Jugendfürsorge von der öffentlichen Hand nur subsidiär getragen wird, setzte sich die Rednerin für eine Partnerschaft zwischen den öffentlichen und privaten Fürsorgeinstituten auch in Wien ein. Im besonderen bedauerte sie in diesem Zusammenhang, daß der Gedanke, gemeinsam mit der Caritas ein Kinderdorf für gehirngeschädigte Kinder zu errichten, knapp vor der Realisierung fallengelassen wurde.

Die Rednerin bedauert die Divergenz zwischen den Wiener Jugendschutzbestimmungen und denen der Bundesländer und tritt für die Schaffung eines einheitlichen Gesetzes ein. Zweckmäßig wäre es auch, jährlich eine "Woche des Jugendschutzes" abzuhalten, da ja immer neue Jahrgänge heranwachsen, auf die die Bestimmungen Anwendung finden. Die Exekutivbeamten müßten mit den Jugendschutzbestimmungen bestens vertraut sein.

Vor Beschließung des in Aussicht gestellten Behindertengesetzes, müßte ein Entwurf zeitgerecht zum Studium vorgelegt werden und überdies wäre mit den Vertretern der von dem Gesetz Betroffenen ehestens das Einvernehmen herzustellen. Derzeit sieht es leider so aus, als ob das Gesetz als "geheime Kommandosache" vorbereitet werden würde.

So begrüßenswert die Einrichtung der Heimhilfe auch ist, muß man doch auf den großen Mangel hinweisen, der ihr noch anhaftet. Heimhelferinnen können derzeit nur für mittellose Personen zur Hilfe eingesetzt werden. Oftmals ist es aber so, daß auch andere Frauen, zum Beispiel für die Dauer eines Spitalsaufenthaltes oder einer Entbindung, zur Betreuung ihrer Familie eine Heimhelferin benötigen, für deren Bezahlung sie auch gerne aufkommen würden.

Die Rednerin stellt einen dementsprechenden Antrag auf Änderung der Richtlinien für die Bewerbung um eine Heimhilfe, und um seine Zuweisung an den Gemeinderatsausschuß IV.

GR. Maria Szöllösi (SPÖ) stellt fest, daß der Lehrplan für die Fürsorgeberufe zeitgerecht erstellt wurde und daß Wien gerade auf dem Sektor der Schulgesetze beispielgebend ist. Erfreulich sei es, daß in der Debatte auch die ÖVP immer wieder die Leistungen von Julius Tandler anerkennt, anscheinend sei das "die neue Idee, die sie ins Rathaus bringt".

Auf den großen Aufgabenbereich der Geschäftsgruppe IV hat ja die Referentin bereits hingewiesen. Vor allem aber müßte die Arbeit der Jugendämter hervorgehoben werden. Wir haben derzeit in Wien 53 Mutterberatungsstellen und elf Mütter-schulen, in denen im Jahr 1965, von Jänner bis Oktober, 85.746 Kinder untersucht wurden. Während es seinerzeit die Hauptaufgabe des Jugendamtes war, sogenannte Mündel zu be-

treuen, liegt sie heute vielfach darin, den "Scheidungswaisen" und ihren Müttern zu ihrem Recht zu verhelfen.

Zum Jugendschutz: Auf Anregung der Vertreter Wiens hat sich ein Komitee gebildet, das sich mit der Frage der Vereinheitlichung der Jugendschutzbestimmungen beschäftigt. Der Unterschied zwischen den Wiener und den Bundesländerbestimmungen ist sehr gering und betrifft hauptsächlich das Alter der Jugendlichen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr in Gasthäusern nichts zu suchen hat und keinen Alkohol zu sich nehmen sollte. Die Bundesländer haben als Altersgrenze das 16. Lebensjahr.

Eine große Aufgabe des Jugendamtes ist die psychologische Betreuung schwieriger Kinder. Für alle notwendigen Einrichtungen zu dieser Betreuung wurde bereits vorgesorgt. In der Kinderübernahmestelle, dem jetzigen Julius Tandler-Heim, arbeitet ein Team von Psychologen, Erziehern, Fürsorgern, Lehrern und Fachärzten. Die Beobachtungsstation bietet Platz für 42 Kinder, die ungefähr sechs bis acht Wochen dort betreut werden. Insgesamt wurden bis jetzt 674 in dieser Beobachtungsstation betreut und weitere 300 ambulant behandelt. Diese Einrichtung hat auch im Ausland große Beachtung gefunden.

Von großer Wichtigkeit für unsere Kinder ist auch die Erholungsaktion. Es gibt heute nicht nur einsame alte Menschen, sondern vielleicht ebensoviele einsame Kinder. Die Teilnahme an einer Urlaubsaktion ist nicht nur für ihre Gesundheit von großem Vorteil, sie gibt den Kindern auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit und die Möglichkeit, in den Heimen ihren Neigungen nachzugehen. Derzeit verfügen wir über 33 in- und ausländische Heime. Auch die Schullandheimaktion bewährt sich bestens, ebenso die Studentenaustauschaktion.

Der Beruf der Fürsorgerin verlangt nun einmal Idealismus, weshalb es bei diesen nicht nur auf die Höhe des Gehaltes ankommt. Die Fürsorge ist keine Domäne der Frau, sondern bietet auch jungen Männern lohnende Berufsziele.

Wir brauchen mehr Pflegeplätze und Adoptiveltern und es ist eigentlich eine Schande, daß man in unserer Stadt des "Goldenen Wiener Herzens" solche Schwierigkeiten hat.

Ein Wort von Julius Tandler soll am Ende dieses Debattenbeitrages stehen und den tiefsten Sinn unserer Arbeit aufzeigen: "Wir arbeiten an unserer Selbsterübrigung."

GR. Lauscher (KLS) dankt für das statistische Material, das dem Gemeinderat diesmal von den Referenten vorgelegt wurde, und lobt die Arbeit der Alten- und Erwachsenenfürsorge. Die geplanten Neubauten von Pensionistenheimen sollten vorrangig durchgeführt werden. An die Referentin richtete er die Frage, was aus dem Plan eines Helferkreises für ganz Wien geworden sei.

Der Heizschuß, den die Befürsorgten in den Wintermonaten erhalten, beträgt seit Jahren 100 Schilling, obwohl auch die Brennstoffen ständig teurer werden. Der Redner legte einen Antrag seiner Fraktion vor, diesen Heizschuß auf 120 Schilling zu erhöhen.

Begrüßt wird besonders, daß die Dauerunterstützungen ab 1. Jänner 1966 analog dem Pensionsanpassungsgesetz erhöht werden und daß die Rentendynamik dadurch auch den Befürsorgten zugute komme.

Bezüglich der Geldbeihilfen, die die Pflegeeltern jetzt anstelle der Kinderkleider erhalten, wurde gefragt, in welcher Höhe sich diese Beträge bewegen und welche Sicherheiten eingebaut sind, daß sie widmungsgemäß verwendet werden.

In Wien gäbe es zuwenig Kindergartenplätze und wegen Personalmangels könnten manche Kindertagesheime nicht übergeben werden und stünden lange leer. Auch die beiden Sonderkindergärten seien nicht ausreichend. An die Referentin wird die Frage gerichtet, ob die Zahl der Kindergartenplätze in Wien bewußt in einem begrenzten Rahmen gehalten werde.

Kindergärtnerinnen erhielten für Mehrleistungen nicht die entsprechende Entlohnung. Auch sollte ihnen eine Bildungszulage gewährt werden. Geklagt wurde über mangelhafte Verpflegung in den Kindergärten durch ungesunde und nicht kindergemäße Kost. Das Kindergartenessen sollte nach wissenschaftlichen Grundsätzen zusammengestellt werden, da sich Mangelerscheinungen oft erst später auswirken. ./.

Auch bei den Fürsorgerinnen herrscht großer Mangel und damit eine große Arbeitsüberlastung. Ein Wunder, daß noch kein Malheur geschehen ist. Die Besoldung der Fürsorgerinnen hat ebenfalls noch keine Wendung zum Guten erfahren. Es gibt vier Entlohnungsgruppen bei praktisch gleicher Arbeit. Eine Unterstützung der fachlichen Weiterbildung der Fürsorgerinnen wäre gleichfalls notwendig.

Abschließend erklärt der Redner, daß die KLS-Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zustimmen werden, weil hier wertvolle Arbeit geleistet wird.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) beschäftigt sich vor allem mit Fragen der Kinderbetreuung. In Wien ist sicherlich einiges auf diesem Gebiet geschehen, doch steht dies in keinem Verhältnis zu dem, was heute bereits notwendig wäre. Die 19.000 Kindergartenplätze in unserer Stadt entsprechen knapp einem Geburtenjahrgang. Die Wartelisten für die Kindergärten werden immer länger. Dabei kommen jährlich nur ungefähr 550 Plätze dazu, sodaß wir vermutlich auch im Jahr 2000 noch recht lange Wartelisten haben werden.

Der Redner beklagt auch, daß für das Großstadtkind viel zu wenig Spielplätze vorhanden sind. Im Ausland ist man hier einen Schritt weiter. In Dänemark zum Beispiel sehen die Bauordnungsbestimmungen vor, daß bei einem Bau mit mehr als acht Wohnungen auch ein Kinderspielplatz geschaffen werden muß. Die deutsche Musterbauordnung enthält ebenfalls eine solche Bestimmung.

GR. Dr. Hirnschall wiederholt eine schon früher ausgesprochene Bitte an Stadtrat Maria Jacobi, einen Zwischenbericht darüber zu erstatten, wie die Beträge im Rahmen der Hilfsmaßnahmen für die Hochwassergeschädigten Wiens, für die im Voranschlag 3,3 Millionen Schilling vorgesehen sind, aufgeteilt werden und wie hoch der gesamte Schaden ist.

Im weiteren kritisiert der Debattenredner den, wie er sagt, unbefriedigenden Stand der legislativen Arbeit in der Geschäftsgruppe IV. So wurde die Vorlage des Kindergartengesetzes schon vor drei Jahren angekündigt, bis heute liegt aber noch immer kein Entwurf vor. Ein ähnliches "Schneckentempo"

herrsche bei der Ausarbeitung des Wiener Behindertengesetzes. Die Mehrzahl der Bundesländer hat auf diesem Gebiet bereits seit einem Jahr eine gesetzliche Regelung getroffen. 1963 wurde in der Budgetdebatte der Entwurf für das Wiener Behindertengesetz angekündigt, im Juli 1964 wurde der Entwurf erst ausgesendet. Bis jetzt sollen jedoch noch immer nicht die Stellungnahmen der Behörden dazu vorliegen. Heute hat die Berichterstatterin erklärt, daß es damit ernst werde. Leider aber wurde noch immer kein fixer Termin genannt. Die Betroffenen bringen natürlich kein Verständnis für solche Verzögerungen auf.

GR. Kabesch (ÖVP) verlangt, daß die Vorteile des Pensionsanpassungsgesetzes auch den Beziehern von Unterstützungleistungen durch die Gemeinde Wien zugute kommen sollten. Damit seien nicht nur die Blinden gemeint, sondern man sollte diesen Grundsatz auch auf die Dauerbefürsorgten anwenden. Man müsste jetzt schon prüfen, ob es eine gesetzliche Möglichkeit gibt, die Angleichungen an die Richtzahlen des ASVG schon in den betreffenden Gesetzen vorwegzunehmen.

Der Debattenredner kritisiert sodann den mangelnden Kontakt zwischen der Verwaltungsgruppe IV und den verschiedenen Verbänden, wie zum Beispiel mit dem Blindenverband. Den Verbänden müssten mehr Möglichkeiten geboten werden, ihre Meinungen vorzubringen und ihre Forderungen darzulegen.

Sodann kommt Gemeinderat Kabesch auf die Pensionistenklubs zu sprechen. Er meint, daß die Mehrzahl der Leiterinnen dieser Klubs wohl ihr Bestes tun. In Wahlzeiten könne man jedoch immer wieder feststellen, daß in den Klubs die notwendige Überparteilichkeit nicht beachtet werde. In manchen Klublokalen würden Wahlplakate der SPÖ affiziert, in einem Klub sei in der Pause einer Filmvorführung ein Diapositiv mit der Aufforderung gezeigt worden, die SPÖ zu wählen. Es komme auch vor, daß in manchen Klubs Wahlspenden gesammelt werden. Die Leistungen, die das Fürsorgewesen und das Wohlfahrtsreferat erbringen, werden schließlich aus den Steuern und Spenden aller Wiener aufgebracht, und es ist daher unangebracht, zu versuchen, das als Leistung der Mehrheitspartei im Rathaus darzustellen.

GR. Kabesch setzte sich für einen verstärkten Kontakt zwischen den Mandataren und den Befürsorgten sowie den Pensionistenklubs und weiter für eine lebendigere und aktuellere Gestaltung des Programms dieser Klubs ein. Schließlich unterbreitete er ~~den~~ Vorschlag, jedes Jahr eine Sammlung für einen aktuellen Zweck, im kommenden Jahr etwa für die Zivilinvaliden durchzuführen.

Die ÖVP wird den Ansätzen der zur Verhandlung stehenden Verwaltungsgruppe die Zustimmung erteilen.

GR. Graczoll (SPÖ) erklärte, daß jeder politischen Partei das Recht auf Kritik zustehe, daß eine demokratische Körperschaft, eine demokratische Verwaltung ohne Kritik nicht vorstellbar wäre. Allerdings müsse die Äußerung einer solchen Kritik verantwortungsbewußt erfolgen. Wenn nun in einer Zeitung das Wiener Wohlfahrtswesen mit einem Misthaufen verglichen wurde, dann sind damit nicht nur die Regeln des Anstandes und des guten Geschmacks verletzt worden, sondern mit einer solchen Kritik richtet sich auch der Journalist selbst, aber auch die Zeitung, die so etwas veröffentlicht, und nicht minder die Partei, die eine derartige Kritik duldet. Wenn dann dieselbe Partei in der Generaldebatte durch ihren Sprecher erklären ließ, daß ihr eine echte Zusammenarbeit in diesem Hause am Herzen liege, dann müsse man an der Ehrlichkeit solcher Be-
teuerungen Zweifel hegen.

Die Sprecherin der ÖVP von heute und der Redner der Volkspartei in der Generaldebatte haben lobende Worte für Julius Tandler gefunden. Er hätte sich über eine solche Anerkennung sicherlich gefreut, wenn sie ihm von dieser Seite schon in der Zeit seines Wirkens gezollt worden wäre. Damals hatte es aber noch keine "junge ÖVP", sondern nur eine alte Christlichsoziale Partei gegeben, die über Julius Tandler nichts Besseres zu sagen wußte, als das Wort von der Fürsorgeinflation in dieser Stadt. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Die Vertreter der Christlichsozialen Partei oder einige von ihnen, die im Jahr 1934 aus diesem Saal hinausgegangen sind, sind 1945 bei derselben Tür wieder als Vertreter der Österreichischen Volkspartei hereingekommen. (GR.Dr.Habl: Zum Beispiel Kunschak!) Wir wollen feststellen, daß Kunschak jener Mann gewesen ist,

der nicht ab 1945, sondern schon vor dem Jahr 1934 ein echter Demokrat in den Reihen der alten Christlichsozialen Partei gewesen ist, als andere es nicht waren. (Ruf bei der ÖVP: Aber die Sozialdemokratische Partei hat nicht immer so über Kunschak gesprochen wie Sie heute!)

Die ÖVP ist heute für die öffentliche Fürsorge, allerdings billigt sie ihr nur subsidiär Aufgaben zu. Die öffentliche Hand soll die Mittel beistellen, und die privaten Organisationen und Vereine sollen dann in Fürsorge machen. Das nennt man dann Subsidiaritätsprinzip. Dafür können sich die Sozialisten nicht begeistern. Die ÖVP ist von diesem Prinzip deshalb so begeistert, weil sie hofft, durch die Organisationen, die ihr weltanschaulich und politisch nahe stehen, auf jene Menschen, die einer solchen Hilfe bedürfen, Einfluß zu gewinnen. Den Sozialisten aber erscheint der Weg, den die Gemeinde Wien auf diesem Sektor seit Julius Tandler beschritten hat, auf jeden Fall als der bessere, sie halten von der Wohltäterei gar nichts, jedoch von der öffentlichen Fürsorge sehr viel.

Es ist eine durchaus erfreuliche Tatsache, wenn wir heute feststellen können, daß der Anteil der Menschen über 60 Jahre im Vergleich zu Budapest mit 15 Prozent und München mit 17 Prozent in Wien 25 Prozent ausmacht. Zur Hebung der Lebenserwartung in unserer Stadt hat sicherlich das Wiener Fürsorgewesen wesentlich beigetragen. Es ist auch kein Zufall, daß für 1966 für die Erwachsenenfürsorge um 17 Millionen Schilling mehr im Budget aufscheinen. Bei einer Umfrage bei den Besuchern der Pensionistenklubs haben 20 Prozent die angegriffene Gesundheit, sieben Prozent die materielle Notlage, acht Prozent Einsamkeit und Alter, drei Prozent eine nicht zufriedenstellende Wohnung als ihr größtes Anliegen bezeichnet; 45 Prozent aber antworteten, daß sie keine persönlichen Probleme haben, und einige fügten noch bei, daß sie ganz zufrieden seien, ihnen nichts fehle und manche sogar, daß sie restlos glücklich seien. Wenn aus diesem Kreis eine gewisse Zufriedenheit und Geborgenheit und ein Glücksempfinden zum Ausdruck gebracht wird, so haben dazu ganz gewiß die Pensionistenklubs in Wien beigetragen.

Die Referentin hat ja bereits über die Arbeitsgemeinschaft zwischen Volkshochschulen, Rentnerverband und Experten berichtet, die sich mit dem Problem der alten Menschen beschäftigt und ihnen den Übergang vom Arbeitsprozeß in den Ruhestand erleichtern soll. Stadtrat Jacobi ist für ihre Initiative zur Schaffung dieser Arbeitsgemeinschaft, die sich bestens bewährt, herzlichst zu danken.

Die Einrichtung der Nachbarschaftshilfe hat sich ebenfalls bestens bewährt. Ein Versuch im 15. Bezirk hat dazu geführt, daß man dort jetzt 74 Personen betreut, vor einem Jahr waren es noch 33. Vielleicht könnte mit Hilfe der Bezirksvorsteher und der Fürsorgeräte in allen Bezirken ein derartiger Versuch unternommen werden. Oft finden sich die Helfer gleich im selben Haus, denn es ist ja nicht so, daß die Hilfsbereitschaft fehlt, es liegt vielmehr an der Gedankenlosigkeit des einzelnen.

Über der Kritik an der öffentlichen Fürsorge sollte man aber nicht die großen Erfolge übersehen, die gerade während der letzten Jahre erzielt werden konnten. Trotz Personalmangels sind die Heimhilfestunden um 12.000 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres vermehrt worden.

Zu den Pensionistenheimen: Als das erste Heim im 22. Bezirk eröffnet wurde, gab es keinen Andrang. Jetzt liegen plötzlich mehr als 2.000 Anmeldungen für Pensionistenheime vor, und da nun alle auf einmal nicht erledigt werden können, kommt es zur Unzufriedenheit. In Hietzing wird jetzt das zweite Pensionistenheim besiedelt, und für das kommende Jahr sind zwei weitere in Aussicht genommen. Da unser Finanzreferent gerade für die alten Menschen unserer Stadt ein offenes Herz und eine offene Hand hat, werden auch in den folgenden Jahren bei anhaltendem Bedarf, weitere Heime errichtet werden.

Abschließend appelliert der Redner an alle Verantwortlichen, daß auch heuer wieder am 24. und 31. Dezember die Pensionistenklubs geöffnet sein sollen. Gerade an diesen Tagen ist es wichtig, nicht auf unsere Alleinstehenden zu vergessen und ihnen die Möglichkeit zu bieten, diese Tage im Kreise ihrer Schicksalsgefährten zu verbringen.

Stadtrat Maria Jacobi nimmt in ihrem Schlußwort zu den Ausführungen der Debattenredner Stellung. So hat GR. Dr. Marga Hubinek festgestellt, daß Österreich zum Beispiel in der Zahl der unehelich geborenen Kinder an erster Stelle steht und daß auf diesem Gebiet viel zu wenig getan wird. Stadtrat Jacobi vertritt die Meinung, daß wir uns im Wiener Gemeinderat nicht mit Fragen zu beschäftigen haben, die ganz Österreich betreffen, sondern mit Wiener Fragen. Wenn wir gerade diese Zahlen ansehen, können wir feststellen, daß Wien im Vergleich zu den Bundesländern nicht schlecht abschneidet. So werden perzentuell gesehen, die meisten unehelichen Kinder in Salzburg geboren. Es sind dort 18 Prozent, an zweiter Stelle liegt Kärnten mit 15 Prozent. Dann folgen Tirol mit 14, Oberösterreich mit 12 und dann erst Wien mit neun Prozent. Dann kommen nur mehr Vorarlberg mit acht, Niederösterreich mit sieben und Burgenland mit fünf Prozent.

Zur Frage der Kindergärten: Wo Gemeinderat Hubinek die Zahl von 30.000 fehlenden Kindergartenplätzen her hat, sei nicht bekannt. Bei uns wurde nur festgestellt, daß wir in Wien einen Bedarf für insgesamt 30.000 Kindergarten und Hortplätze haben. Dr. Hubinek hat auch gemeint, wir sollten doch vor allem eine bessere Partnerschaft zwischen der privaten und der öffentlichen Fürsorge herstellen und Professor Tandler zitiert. Tandler hat sicher nicht gemeint, daß das Recht der Kinder auf Hilfe dadurch gesichert wird, daß das Geld der öffentlichen Hand an Private gegeben wird. Er hat gemeint, daß die Kinder von der öffentlichen Hand so betreut werden müssen, daß ihre Entwicklung in jeder Weise gewährleistet und gefördert wird. Es ist auch nicht richtig, daß das Ausland auf diesem Gebiet uns weit voraus ist. Sie sind nicht weiter als wir, sie haben nur unsere Tradition übernommen und fortgesetzt. Von Wien aus ging der Gedanke in die Welt und nicht umgekehrt. Wir sind ständig bemüht, die Zahl der Kindergärten zu erhöhen. Daß wir dem großen Nachholbedarf, der sich durch die Umwandlung in der Gesellschaft ergeben hat, in so kurzer Zeit nicht gerecht werden können, ist selbstverständlich.

Daß das Essen in den Kindergärten schlecht sein soll, hört man zum erstenmal. Selbstverständlich wird diese Angelegenheit überprüft.

Ein Mangel an Kleinkinderplätzen besteht derzeit nicht, wir haben vielmehr rund 100 Plätze im Zentralkinderheim frei. Sollte sich hier keine Änderung ergeben, müßte man die Kinder aus den privaten Heimen zurückziehen. Zu den vorgebrachten Vergleichen mit dem Ausland: In England ist die Situation ganz anders, da das Kindergartenjahr vor der Schulpflicht in den Schulen abgehalten wird. In den anderen Ländern sind die Kindergärten auch nicht wie bei uns von sechs bis 18 Uhr geöffnet, sondern meistens nur für einige Stunden am Tag.

Daß die Ansätze für Kindergartenbauten in diesem Jahr etwas geringer sind, hat den Grund darin, daß wir auf die Errichtung von Kindergärten in Fertigteilbauweise übergegangen sind, die veranschlagten Beträge daher jeweils nur für ein Jahr gelten. Das für Spielplätze innerhalb der Gruppe IV veranschlagte Geld ist nur für Spielplätze innerhalb der Kindergärten gedacht, hat also keineswegs mit den Ansätzen für den Spielplatzbau überhaupt zu tun.

Im Lindenhof bekommt jedes Kind, wenn vom Arzt verordnet, die entsprechende Diätkost.

Die den Säuglingswäschepaketen beigelegte Broschüre wird den Gemeinderäten vorgelegt.

Zum Thema Jugendschutz hat Gemeinderat Szöllösi bereits gesprochen. Es kann doch kaum im Interesse des Wiener Gemeinderates liegen, das Gesetz so dem der Bundesländer anzupassen, daß die Jugendlichen bereits ab 16 Jahren öffentlich Alkohol konsumieren dürfen.

Die Möglichkeiten der Fortbildung für Fürsorgerinnen sind keinesfalls gering. Jede Fürsorgerin hat die Verwaltungsakademie zu besuchen und darüber hinaus wird jede Fortbildungsmöglichkeit, die sich für eine Fürsorgerin ergibt, unterstützt.

Obwohl es Frau Gemeinderat Dr. Hubinek nicht gerne hat, wenn man sie richtigstellt, muß gesagt werden, daß über Lehrpläne an den Frauenoberschulen zwar seit Jahren verhandelt wird, aber nicht für die Oberklassen sondern nur für die Unterstufe. Nur in der Oberstufe aber wird die Fürsorge behandelt.

Die Anregung von GR. Kabesch, die Fürsorgeunterstützung unter Verwendung des Anpassungsfaktors zu erhöhen, würde eine Verschlechterung für die Betroffenen bedeuten. Wir geben diesen nämlich nicht nur die sieben Prozent des Anpassungsfaktors, sondern den effektiven Betrag, um den die Ausgleichszulage erhöht wird, was bei den Fürsorgeunterstützungen wesentlich mehr als sieben Prozent ausmacht.

Wenn angeblich in Pensionistenklubs Wahlplakate der SPÖ hängen, so ist dies wahrscheinlich so, daß die Plakate in jenen Wohnhäusern affiziert sind, in denen die Klubs untergebracht sind. Plakate in Häusern sind weder der SPÖ noch der ÖVP oder anderen Parteien verboten. Sollte aber wirklich in einem Pensionistenklub-Lokal selbst ein Wahlplakat hängen, werden alle zuständigen Stellen zu einer einvernehmlichen Lösung bereit sein. Wenn gesagt wurde, daß vielleicht wegen solcher Plakate die Klubs schlecht besucht würden, kann nur darauf verwiesen werden, daß in keinem einzigen Wiener Pensionistenklub mehr ein Platz frei ist.

Über Weihnachten werden übrigens 13 und zu Silvester zehn Pensionistenklubs offenhalten, und zwar nicht nur für Klubmitglieder, sondern für alle Einsamen, die sich rechtzeitig anmelden.

Das Behindertengesetz und das Kindergartengesetz sind in Vorbereitung. Es werden dazu Kontakte mit allen zuständigen Verbänden hergestellt, mit denen bestes Einvernehmen besteht.

GR. Dr. Marga Hubinek kann ich nur empfehlen, ihren Antrag in der Sache der Heimhilfe zurückzuziehen. Er beruht nämlich auf mangelhaften Informationen. Die Heimhilfe wird bekanntlich von einem Verein geleistet, und nicht vom Wohlfahrtsamt der Stadt Wien. Der Gemeinderat kann aber keinem Verein vorschreiben, diese oder jene Richtlinien zu erlassen. In meinem Referat war nur deshalb von der Arbeit der Heimhilfe die Rede, weil die Stadt Wien dem Verein jene Leistungen bezahlt, die er für Fürsorgefälle erbringt.

Die Geldablöse, die an die Stelle der Sachaushilfe für Befürsorgte trat, wird so gehandhabt, daß man Preislisten für alle Bekleidungsstücke erstellt hat, die als Richtlinien dienen.

Die Verdrängung der Sachaushilfe durch eine Bargeldablöse ist ein weiterer Schritt zur Ausmerzung der Gedanken überholter "Armenrechts-Fürsorge". Wegen der Verwendung der Mittel sollten wir nicht zu mißtrauisch sein. Die Befürsorgten hätten ja auch früher die Möglichkeit gehabt, die zur Verfügung gestellten Kleidungsstücke zu verkaufen. Pflegeeltern erhalten statt der Kinderkleider jetzt zweimal jährlich 1.000 Schilling (Für Kinder bis zu 18 Monaten zweimal 800 Schilling).

Zu Beginn der Aktion "Vergiß nicht Deinen Nächsten" hatten wir die Hoffnung, es würden sich viele junge Menschen melden, die man den Fürsorgeräten als Helfer zur Seite stellen könnte. Gemeldet haben sich jedoch nur einzelne. Daher wurde im 15. Bezirk ein neuer Versuch unternommen: Die Fürsorgeräte haben in den einzelnen Hausgemeinschaften Hilfe für diejenigen organisiert, die ihrer bedürftig sind. Dies erwies sich als eine noch viel glücklichere Lösung, als der ursprüngliche Plan, weil dadurch eine echte Nachbarschaftshilfe ins Leben gerufen wird. Ich habe alle Fürsorgeräte gebeten, ähnliches auch in ihren Bezirken zu organisieren. Für die Unterstützung der "Aktion Nachbarschaftshilfe" danke ich auch der Caritas, der Volkshilfe, dem Rentnerverband und der Zeitung "Express", die sich zum Sprachrohr dieser Bestrebungen gemacht haben.

Abschließend empfiehlt die Referentin den Antrag der KLS zur Behandlung zuzuweisen und ersucht um Zustimmung zu den Ansätzen ihrer Geschäftsgruppe.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des IV Hauptstückes einstimmig angenommen, der Antrag der KLS wird einstimmig zugewiesen.

Der Vorsitzende GR. Nora Hiltl stellt fest, daß Stadtrat Jacobi zu dem von der ÖVP gestellten Antrag erklärt hat, daß dieser nicht zur Abstimmung kommen könne, weil er in die Kompetenz eines Vereines eingreife.

Der Vorsitzende unterbricht hierauf die Sitzung. Die Beratungen werden morgen, Dienstag, den 14. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Dr. Otto Glück.

(Ende des Sitzungsberichtes).

Großes Interesse für das "gute Bild" in der Secession
=====Bisher bereits 307 Exponate verkauft

13. Dezember (RK) Die Kulturamtsausstellung "Das gute Bild für jeden", die seit 30. November in der Secession zu sehen ist, konnte bisher sehr zufriedenstellende Umsätze und hohe Besucherzahlen verzeichnen. Bis gestern abend kamen 5.547 Schaulustige in das Ausstellungsgebäude und erstanden 307 Exponate im Gesamtwert von rund 157.000 Schilling. Selbstverständlich hat die Jury, die für die Auswahl der Bilder verantwortlich ist, genügend Reserve zur Hand, um die Ausstellung immer wieder mit neuen Beständen auffüllen zu können. "Das gute Bild für jeden" ist noch bis einschließlich 24. Dezember täglich von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 13. Dezember
=====

13. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: O. Neuzufuhren Inland: 46 Ochsen, 267 Stiere, 771 Kühe, 125 Kalbinnen, Summe 1.209. **Gesamtauftrieb** dasselbe, verkauft wurde alles. Auslandsschlachthof: 41 inländische Rinder.

Preise: Ochsen 13.50 bis 16.50 S, extrem 16.80 bis 17.50 S (7 Stück), Stiere 13.30 bis 16.50 S, extrem 16.60 bis 16.70 S (3 Stück), Kühe 9.20 bis 13.50 S, extrem 13.80 bis 15 S (10 Stück), Kalbinnen 13 bis 16.60 S, extrem 16.70 bis 17 S (5 Stück); Beinlvieh Kühe 7.80 bis 9 S, Beinlvieh Ochsen und Kalbinnen 10 bis 12.80 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Ochsen um 21 Groschen, bei Stieren um 24 Groschen, bei Kühen um 29 Groschen und bei Kalbinnen um 9 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis einschließlich Beinlvieh beträgt bei: Ochsen 14.68 S, Stieren 15.38 S, Kühen 10.55 S, Kalbinnen 14.92 S. Beinlvieh erhöhte sich bis zu 30 Groschen je Kilogramm.

- - -